

**Kreisetat 2013:**

## Schulden steigen auf 91 Millionen Euro!

**Mit der CDU Mehrheit hat der Kreistag einer erneuten Erhöhung der Schulden um 11 Millionen Euro zugestimmt.**

Seit vier Jahren ist der Haushalt des Landkreises Fulda defizitär. Der Schuldenstand ist von 28 Millionen auf 91 Millionen Euro gestiegen.

Die LINKE.Offene Liste wirft der CDU eine unseriöse Politik vor. Es ist schon verwunderlich, dass gerade die CDU, die im Verbund mit FDP und mit Unterstützung von SPD und Grünen eine Schuldenbremse in Wiesbaden gegen die Stimmen der LINKEN durchgesetzt hat, den Landkreis Fulda in eine Rekordverschuldung bringt.

Von einer soliden Haushaltspolitik kann man bei der Kreis CDU nicht sprechen. Statt zielorientierte Politik zu betreiben, werden Millionen Euro ohne sachlich fundierte Grundlagen ausgegeben. Am Ende müssen die Bürgerinnen und Bürger zahlen.

Besonders extrem ist der Kauf einer Lagerhalle am Finkenberg. Da es finanzielle Probleme bei der Finanzierung der Halle in der Biothan GmbH ( Anteilseigner 74,9 % Stadt Fulda und 25,1 % Thüga) gibt, schiebt man schnell nochmals eine Kreditaufnahme von 2,5 Millionen Euro nach. Das ganze siedelt man dann nicht im Kreishaushalt an, sondern bucht den zusätzlichen Kredit beim Eigenbetrieb Energiewirtschaft des Landkreises.

Gleichzeitig lehnt man unsere Initiative nach höheren Investitionsmittel für den Eigenbetrieb ab. Statt wirtschaftlich sinnvolle Investitionen in erneuerbare Energien zu ermögli-

chen muss der Eigenbetrieb Energiewirtschaft als Darlehensgeber für eine Lagerhalle herhalten. Mit Seriosität hat das nichts zu tun.

Ähnlich ist es mit der kurz vor der Kreistagssitzung eingebrachten CDU Initiative, den Kreditrahmen des Kreises um weitere 500.000,- Euro zu erhöhen.

Hintergrund sind die Finanzierungsprobleme im Klinikum Fulda. Über 10 Jahre sollen der Stadt in der Summe 5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden.

Insgesamt sollen im Klinikum 31 Millionen Euro investiert werden. Nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz und dem Hessischen Krankenhausgesetz sind für die geplanten Investitionen das Land Hessen und der Eigentümer zuständig.

Auch wenn der Landkreis Fulda somit rechtlich nicht in der Verantwortung steht, verweigert sich die LINKE.Offene Liste im Kreistag nicht gegen eine notwendige zusätzliche finanzielle Unterstützung durch den Kreis.

Den Vorschlag der CDU, insgesamt den Kreditrahmen auszudehnen und ohne fundierte Grundlagen über die geplanten Maßnahmen, Belastungen von 5 Millionen Euro zuzustimmen konnte die LINKE.Offene Liste nicht folgen. Der in der Kreistagssitzung gefundene Kompromiss, zunächst in den Ausschüssen ausführliche über die geplanten Maßnahmen, die Finanzierung und rechtlichen Möglichkeiten zu beraten und danach zu entscheiden haben wir zugestimmt.

Positiv ist das Bekenntnis aller Fraktionen zu der kommunalen Trägerschaft des Klinikums.

## Aus dem Inhalt:

**Seite 2:  
Haushaltsrede der LIN-  
KEN.Offenen Liste**

**Seite 3:  
Haushaltsvorschläge**

**Unterkunftskosten werden  
angepasst!**

**Seite 4:  
Eine Rente zum Leben!**

**Impressum**

**Mindestlohn statt  
Lohndumping!**



## Auszüge der Haushaltsrede der LINKEN.Offenen Liste:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr verehrte Damen und Herren,

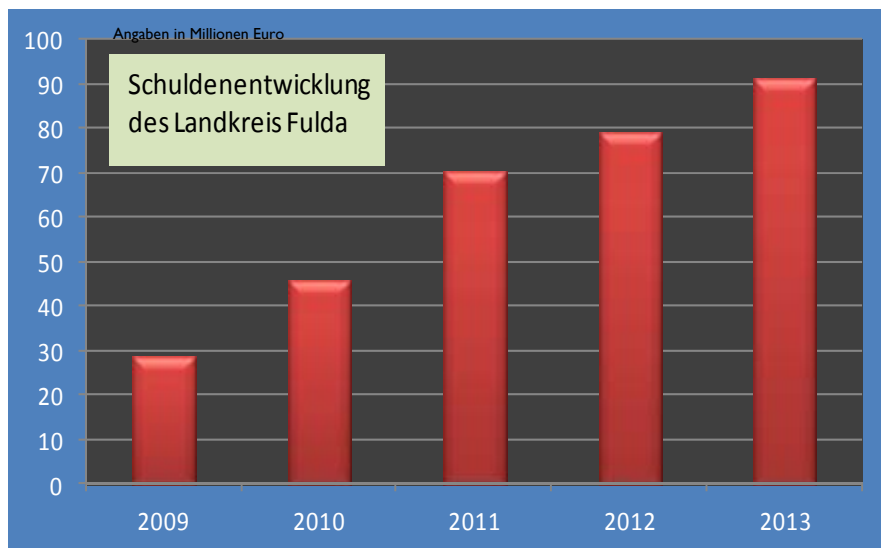
wir beraten heute über einen Haushaltsentwurf, der im Entwurf vom Dezember eine Erhöhung der Verschuldung von 79 Millionen auf 91 Millionen Euro vorsieht.

Im vierten Jahr in Folge liegt ein Haushalt vor, der defizitär ist. Der Schuldenstand des Landkreises hat sich bereits innerhalb von 4 Jahren von 28 Millionen auf 79 Millionen Euro erhöht. Dabei sollen die Gesamtinvestitionen gegenüber dem Jahr 2012 um eine weitere Millionen Euro gesenkt werden. Auch wenn man berücksichtigt, dass im Schuldenstand Kredite aus den Investitionsprogrammen der Jahre 2010 und 2011 enthalten sind, ist dies eine bedenkliche Entwicklung.

Meine Damen und Herren von der CDU, SPD, FDP und den Grünen, Sie waren es doch, die sich für eine Schuldenbremse ausgesprochen haben. Nun zwei Jahre nach Beschluss der staatlichen Schuldenbremse beraten wir erneut über eine weitere Verschuldung von fast 11 Millionen Euro. Dabei ist die Ertragsseite so gut wie seit Jahren nicht. Alleine die Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen und Umlagen verbessern sich um fast 8 Millionen Euro. In der Summe steigen die Erträge von 258 auf 269 Millionen Euro.

Zusätzlich wird der Kreis bei der Grundsicherung im Alter entlastet. Trotz Anstieg der Altersarmut, immer mehr Menschen benötigen im Alter staatliche Unterstützung, und dem Anstieg der Gesamtbelastungen auf erstmals über 10 Millionen Euro, wird der Kreis entlastet. Der Bund übernimmt zukünftig alle Kosten und senkt die Kosten für den Kreis im Jahr 2013 von 6 auf 2 Millionen Euro. Eine Einsparung von 4 Millionen Euro.

Den kräftigen Mehreinnahmen und Entlastungen im Bereich der Grundsicherung stehen nur geringfügige, **nicht** selbst verursachte Belastungen gegenüber. Trotz Mehrbelastungen



von einer Millionen Euro bei den Asylbewerbern und zwei Millionen Euro für die LWV Umlage müsste ein solider Haushalt zu mindestens ausgeglichen sein. Stattdessen schlägt die Fraktion der CDU weitere Ausgaben im 6 stelligen Bereich vor. Ein Finanzierungsvorschlag der CDU fehlt mir gänzlich.

Meine Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, Ihre Handlungsweise ist äußerst unseriös. 500.000,- Euro ausgeben aber nicht zu sagen woher das Geld kommen soll bzw. die Kreditaufnahme nochmals um eine halbe Million Euro erhöhen, erscheint mir doch sehr populistisch.

Auch die Kreditaufnahme von weiteren 2,5 Millionen Euro durch den Eigenbetrieb Energiewirtschaft im Zusammenhang mit der Biothan GmbH zeugt nicht von sparsamen, zielorientiertem Handeln, sondern deutet eher auf kurzfristige steuerfinanzierte Hilfsprogramme hin.

In der Summe hat man im Wesentlichen drei Eindrücke zu diesem Haushalt, von der selbst eingeführten Schuldenbremse ist weit und breit nichts zu sehen, im sozialen Bereich erfüllt man seine Aufgaben nur unzureichend und drittens werden riesige Beträge investiert, um die von der Bundesregierung verursachten Fehlentwicklungen teilweise abzufangen.

Und nun zu den Punkten im Einzelnen:

### Breitbandentwicklung:

Auf Drängen von CDU und FDP wurde mit den Stimmen von der SPD die Privatisierung des Fernmeldewesens beschlossen.

Wie von Ihnen gewünscht tummeln sich nun nationale und internationale Konzerne auf dem Telekommunikationsmarkt. Im Vordergrund steht die Gewinnmaximierung. Alleine die Deutsche Telekom schüttet jährlich Milliardenbeträge an Dividende aus. Nun, nachdem das Telekommunikationswesen privatisiert wurde, stellt man fest, dass die Interessen der Allgemeinheit und der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere in ländlichen Gebieten, hinten runterfallen und bei weitem nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Man spricht von Marktversagen. Geld für den Ausbau von Breitband in ländlichen Gebieten fehlt dann halt. Aber dafür ist ja der Steuerzahler da. 15 Millionen Euro sollen nach den Vorschlägen der CDU von den Bürgern des Landkreises (Kosten Kreis und Gemeinden) aufgebracht werden. Natürlich kreditfinanziert, denn ausreichende Mittel hat der Kreis leider nicht.

Nun nachdem schon mehrere Millionen Euro kommunaler Gelder investiert wurden, sieht man sich auch hier den Marktgesetzen gegenüber.

## Auszüge der Haushaltsrede der LINKEN.Offenen Liste:

Die wirtschaftlich scheinbar interessanten Städte bzw. Gemeinden werden nun doch von Anbietern erschlossen. Übrig bleiben die Randgemeinden. Ich befürchte die bisher investierten Mittel im Breitbandbereich sind dauerhaft von den Steuerzahlern zu tragen. Ein zur Verfügung stellen weiterer Millionenbeträge ist aus meiner Sicht unverantwortlich. Stattdessen sollte man sich nun bemühen den Schaden in Grenzen zu halten. Das geht nur noch über einen Dialog mit allen Investoren.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass die LINKE.Offene Liste bereits im letzten Jahr auf die Risiken hingewiesen hat, und bereits im Haushalt 2012 eine Reduzierung der Ausgaben im Bereich Breitband gefordert hat.....

### Nun zu unseren eigenen konkreten Vorschlägen:

Die LINKE.Offene Liste hat für den Eigenbetrieb Energiewirtschaft eine Erhöhung des Stammkapitals zur Finanzierung weitere Projekte vorgeschlagen. Statt Nothelfer zu spielen sollte zügig in erneuerbare Energien investiert werden. Dies umso mehr da die Wirtschaftlichkeit derzeit gegeben ist.

Sollte sich die Politik in Berlin durchsetzen werden regionale Investitionen zukünftig deutlich schwieriger werden. Noch rechnen sich die Investitionen, ich befürchte das Zeitfenster wird durch Berlin deutlich verkürzt.

Wie bereits benannt schlagen wir im Bereich Breitband die Einsparung von 2,5 Millionen Euro für den Kreishaushalt vor.

Verantwortung tragen wir für die Schülerbeförderung. Die überfüllten Busse und Bahnen mit ihren Gefährdungen sind nach wie vor zu lösen.

Wir schlagen vor einen Teil der geplanten Einsparungen durch die zurückgehenden Schülerzahlen in diesem Bereich zur Verbesserung der Situation in der Schülerbeförderung einzusetzen.

Unsere Schulen müssen Zug um Zug barrierefrei gestaltet werden. Mit der UN Behindertenrechtskonvention hat sich unser Land u.a. dazu verpflichtet für Behinderte die Bedingungen zu schaffen, um die Regelschulen besuchen zu können.

Hierzu halten wir den barrierefreien Ausbau der Schulen im Kreis Fulda für notwendig. Uns ist klar, dass dies nicht in einem Schritt verwirklicht werden kann. Wir fordern daher weiterhin ein Konzept und einen Zeitplan zum barrierefreien Umbau sämtlicher Schulen in unserer Verantwortung.

Selbst für den jetzigen mangelhaften Weg des bedarfsorientierten Umbaus durch den Landkreis sollten ausreichende Mittel bereit gestellt werden. Mindestens aber ist dem Wunsch der Eltern auf Besuch der Regelschule zu entsprechen.

Und zu guter Letzt fordern wir die rückwirkende Anpassung der Unterkunftskosten für die Bezieher nach Sozialgestzbuch. Wir begrüßen die angekündigte Anpassung des Landkreises im Bereich der Unterkunftskosten. Aber insbesondere Leistungsempfänger in kleinen Wohnungen haben anerkannter Maßen in den letzten Monaten zu wenig Unterstützung erhalten. Sie haben Anspruch seit Feststellung, dass die derzeitigen Zahlungen nicht ausreichend sind. Diesem Grundsatz folgend sollten entsprechende Nachzahlungen veranlasst werden.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Unsere Vorschläge bedeuten in der Summe eine Reduzierung der Ausgaben, mehr Investitionen im Bereich Umwelt und Energie, mehr Mittel für den barrierefreien Ausbau der Schulen, mehr Sicherheit für unsere Schüler, die Vermeidung von Fehlinvestitionen im Breitbandbereich und sie helfen in Not geraten Bürgerinnen und Bürgern zu ihrem Recht bei den Unterkunftskosten.

Fulda, 11.03.2013  
Michael Wahl

### Unterkunftskosten werden angepasst!

Nach mehrmaligen Initiativen der Linken.Offenen Liste werden erstmals die Unterkunftskosten durch den Landkreis Fulda angepasst.

Grundsätzlich werden für alle Leistungsberechtigten, die Anspruch auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II haben, die Unterkunftskosten (Grundmiete, Betriebskosten und Heizkosten) in tatsächlicher Höhe berücksichtigt, soweit sie angemessen sind. Die Angemessenheit von Grundmiete einschließlich Betriebskosten sowie Heizkosten wird für die unterschiedlichen Haushaltsgrößen nach Anzahl der Haushaltsmitglieder durch Grenzwerte bestimmt.

Der Landkreis hat die Beträge seit den Reformen im Jahr 2004 nicht angeglichen. Insbesondere kleine Wohnungen lassen sich mit dem vom Landkreis gezahlten 217,50 im Monat kaum finden. Dies hat dazu geführt, dass viele Bezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch ihre Mieten mit den bereitgestellten Mitteln nicht bezahlen können.

Die jetzt zugesagte Erhöhung kommt nach Auffassung der LINKEN allerdings zu spät. Nach ihrer Auffassung ist eine Anpassung der Sätze spätestens mit der Feststellung des Landkreises, dass die Angemessenheitsgrenzen zu niedrig sind, vorzunehmen. Zum Haushalt des Landkreises hat man daher die Bereitstellung weitere Mittel gefordert.

Der Antrag wurde abgelehnt. Landrat Woide u.a. begründete die Ablehnung mit dem Hinweis, dass sich die Betroffenen melden könnten bzw. dass Jedem der Rechtsweg offen stehe.

Schade, dass alle anderen Fraktionen im Kreistag dieser Empfehlung gefolgt sind. Wenn es um die Sorgen von Langzeitarbeitslosen, älteren Menschen mit niedrigen Renten und Menschen die trotz Arbeit zu wenig verdienen geht, stellen sie sich taub.

**DIE LINKE. hilft:**

mit Sprechstunden und Beratungsangeboten.

Rentenpolitische Grundsätze der LINKEN:

## Die Solidarische Rentenversicherung für einen sicheren Lebensstandard und gegen Armut im Alter!

### Eine Rente zum Leben

Anhaltende Massenarbeitslosigkeit, die Ausweitung prekärer Arbeit und sinkende Löhne führen bei immer mehr Erwerbstätigen zu wachsenden Lücken in ihrer Erwerbsbiografie und damit fehlenden Beitragszeiten in der Rentenversicherung. Hinzu kommen niedrigere Beiträge aufgrund niedrigerer Löhne.

Allein diese Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, die in den vergangenen Jahren politisch forciert wurden, erhöhen bereits das Risiko zukünftiger Altersarmut.

Die Rentenreformen von SPD/Grünen sowie CDU/SPD lassen obendrein das Niveau der gesetzlichen Rente langfristig dramatisch sinken. Die Versicherten sollen diese Kürzungen durch mehr private Vorsorge ("Riester") ausgleichen.

Doch wer erwerbslos ist oder wenig verdient, hat dazu keine wirkliche Chance. So potenziert sich das Risiko von Altersarmut.

Die Regierung aus Union und FDP steuert weiter diesen Kurs und will die private Vorsorge sogar noch ausbauen



Impressum:

**DIE LINKE. Offene Liste**

**Bettina Licht**  
An der Röthe 16  
36145 Hofbieber

[kontakt@die-linke-fulda.de](mailto:kontakt@die-linke-fulda.de)

[www.linke-kreis-fulda.de](http://www.linke-kreis-fulda.de)

Vorgestellt von den Vorsitzenden von Fraktion und Partei DIE LINKE, Gregor Gysi, Katja Kipping und Bernd Riexinger

### 1. Lebensstandardsicherendes Rentenniveau wieder herstellen

Das Rentenniveau muss so hoch sein, dass es langjährigen Beitragszahlerinnen auskömmliche Renten gewährleistet und den Lebensstandard im Alter sichern kann. Es darf deshalb nicht weiter gesenkt, sondern muss wieder auf 53 Prozent angehoben werden. Die ungerechten Abschläge für Erwerbsgeminderte müssen ebenso gestrichen werden wie die Rente erst ab 67. Die Angleichung der ostdeutschen Renten an das Westniveau ist eine Frage der Leistungsgerechtigkeit und muss stufenweise innerhalb der nächsten fünf Jahre erfolgen. Eine gute Rente ist nicht ohne gute Arbeit zu erreichen. Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik müssen deshalb zusammengedacht und zusammengebracht werden. Prekäre Beschäftigung muss eingedämmt, ein flächendeckender Mindestlohn von 10 Euro muss eingeführt werden.

### 2. Solidarische Rentenversicherung einführen

Wir wollen, dass künftig alle Erwerbstätigen, Erziehenden, Pflegenden, Erwerbslosen in die gesetzliche Solidarische Rentenversicherung einbezogen werden. Das stärkt den Charakter der gesetzlichen

Rente als Ersatzleistung für Erwerbseinkommen und zugleich als Solidarsystem. Die Beitragsbemessungsgrenze muss in einem ersten Schritt angehoben werden und mittelfristig ganz entfallen. Zugleich wird der damit verbundene Anstieg der höchsten Renten abgeflacht. Das stärkt die finanzielle Basis der gesetzlichen Rente.

### 3. Den Solidarausgleich stärken

Kindererziehungszeiten müssen auch für vor 1992 geborene Kinder in voller Höhe gezahlt, Beiträge für Langzeiterwerbslose müssen erneut geleistet, niedrige Entgelte durch die Rente nach Mindestentgeltpunkten aufgewertet werden.

### 4. Niemand darf im Alter unter die Armutsgrenze fallen – Solidarische Mindestrente einführen

Teilhabe darf auch im Alter nicht enden. Wir brauchen auch in der gesetzlichen Rente einen Mindeststandard, der ein Leben frei von Armut und in Würde ermöglicht. Deshalb will DIE LINKE eine steuerfinanzierte, einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente einführen, die sicher stellt, dass kein Mensch im Alter ein Nettoeinkommen unterhalb der Armutsgrenze hat. Die Solidarische Mindestrente ist ein universales soziales Netz für alle Seniorinnen und Senioren.

### 5. Solidarische Rente gerecht finanzieren

Rentenreformen sind teuer. Allein wer sie bezahlt, ist die Frage. DIE LINKE will den schleichenden Ausstieg der Arbeitgeberseite aus der Altersvorsorge stoppen, wie er mit der Riester-Rente begonnen hat und durch die Pläne der SPD, die betriebliche Altersversicherung auszubauen, fortgesetzt werden würde. Jegliche Form der Mindestsicherung im Alter ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss dementsprechend auch gesamtgesellschaftlich, also durch Steuern finanziert werden.

<http://www.die-linke.de/ne/politik/themen/rentenpolitik/>

### Ihre Abgeordneten im Fuldaer Kreistag:

Michael Wahl Pia Hainer

